



ONLINE

DOKUMENTATION

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Januar 2018

Stephan Raabe

www.kas.de

Stadt und Land – Zeit für neue Ideen

Hintergründe, Trends, Strategien¹

Das Thema Stadt und Land hat mit Geographie und Soziologie, mit Wirtschaft und Politik, aber auch mit Geschichte, Kultur und Ökologie zu tun. Vor allem um den politischen Bereich soll es im Folgenden gehen.

Das Thema hat jedoch auch einen persönlichen Aspekt, worauf zumindest hinzuweisen ist. Es geht dabei um die jeweils eigene Herkunft vom Lande oder aus einer Stadt, um Prägungen, die man selbst hier wie dort erhalten hat, also um eigene Wurzeln, ebenso aber um persönliche Präferenzen, die sich in der Wahl des Wohnortes ausdrücken oder um Notwendigkeiten wie die Ausbildung oder den Beruf, die uns in Städte oder aufs Land ziehen lassen, wenn wir nicht sowieso schon dort sind. So ist das Thema immer auch mit unserem eigenen Lebensweg, mit unserer Identität, in meist vielfältiger Weise verbunden, was sich auch auf die politische Bedeutung auswirkt.

I. Städtische Siedlungskultur und ländliche Räume in Deutschland

Ein Reichtum Deutschlands ist gerade die **Vielfalt der Regionen** und Landschaften mit ihren Siedlungskulturen und der je eigenen Geschichte. Je nach Standpunkt des Betrachters kann man in Bezug auf unser Land von einer mehr städtischen oder doch eher ländlichen Struktur sprechen bei einer insgesamt aber **hohen Bevölkerungsdichte** für ein großes Flächenland von 230 Einwohnern pro Quadratkilometer (Frankreich 103/km²; Großbritannien 268/km², Italien 201/km², Spanien 92/km², Polen 123/km²).

Hoher Urbanisierungsgrad

Für eine **weitgehend städtische Siedlungskultur** spricht, dass insgesamt **74,6 % der Bevölkerung** in Städten leben. Als städtische Siedlungen gelten in der Bundesrepublik laut amtlicher Statistik Gemeinden mit Stadtrecht ab 2.000 Einwohnern. 43 % wohnen in Klein- und Mittelstädten unter 100.000 Tausend Einwohnern, knapp 32 % ungefähr je zur Hälfte in den 65 Großstädten bis 500.000 Einwohner sowie in den 14 Metropolen. In ländlichen Gemeinden leben nur 25,4 % der Bevölkerung, 8 % in kleinen Dörfern.

Mit Berlin (3.52 Mio.), Hamburg (1.79 Mio.), München (1.45 Mio.) und Köln (1.06 Mio.) hat Deutschland **vier Millionenstädte**. Allerdings ist das **Ruhrgebiet** mit 5,2 Millionen Einwohnern die Region mit den meisten Einwohnern in Deutschland und die fünftgrößte Agglomeration in der EU. In Europa beträgt der Urbanisierungsgrad 72 %, weltweit dagegen nur 52,7 %.² In Deutschland wird damit gerechnet, dass der **Urbanisierungsgrad** bis 2030 auf 78,3 % oder rund 3 Millionen Einwohner steigt.³

Bereits heute bestehen in bestimmten **Ballungszentren** und Städten einige Probleme durch den Zuzug: Die Immobilienpreise steigen seit gut acht Jahren in den Großstädten, Wohnraum wird knapp, „Gentrifizierung“ führt zur Ver-

¹ Der Autor dankt Dr. Günter Dill für dessen zahlreiche Hinweise.

² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1353/umfrage/einwohnerzahlen-der-grossstaedte-deutschlands/>.

³ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/152879/umfrage/in-staedten-lebende-bevoelkerung-in-deutschland-und-weltweit/>.



drängung oder Abwanderung alteingesessener Wohnbevölkerung, Verkehrssysteme und Infrastruktur sind teilweise überlastet, es gibt soziale Probleme etc.

Zudem gibt es einzelne besondere Entwicklungen: Bei den sieben größten **deutschen Metropolen** (Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt a.M., Stuttgart, Düsseldorf) steigt seit 2009 einerseits der Wanderungssaldo durch den **Zuzug von Ausländern** stark an. Er bewegt sich seit 2011 bei rund 100.000 zusätzlichen Einwohnern jährlich, andererseits nimmt aber der Wanderungssaldo der Deutschen seit 2008 stetig ab. Er befand sich 2014/15 sogar leicht im negativen Bereich. Diese Tendenz dürfte sich durch die Migrations- und Flüchtlingswanderung noch verstärken und gilt es, im Auge zu behalten.⁴ Denn das Problem der Segregation, der Trennung von Bevölkerungsgruppen und der Bildung von Parallelgesellschaften in bestimmten Großstädten ist schon jetzt virulent.

Solche speziellen Entwicklungen gilt es im Auge zu behalten, auch wenn man aus der Metropolenforschung weiß, dass kleinere und größere Wellen des Zu- wie des Wegzugs nichts Ungewöhnliches sind und zur Entwicklung größerer Städte dazu gehören.⁵

Aber nicht überall wachsen die Städte. Von den zehn kreisfreien Städten mit dem größten **Bevölkerungsverlust** zwischen 1995 und 2015 liegen sechs im Osten des Landes: Suhl -31,4 %, Frankfurt/O. -28,1 %, Gera -22,3 %, Cottbus -19,1 %, Brandenburg -16,8 %, Schwerin 15,6 %. Betroffen von einem erheblichen Bevölkerungsrückgang sind aber auch Orte im ehemaligen Zonenrandgebiet (Hof -15,1 %, Salzgitter -14,1 %), Wilhelmshaven (-16,2 %) und Bremerhaven (-12,6 %) an der Nordsee oder das Ruhrgebiet (Herne -13,4 %, Hagen -10,8 %, Gelsenkirchen -10,6 %, Bochum -8,9 %, Duisburg -8,2 %) und Remscheid (-10,4 %), Krefeld (-9,8 %), Wuppertal (-8,3 %) in Nordrhein-Westfalen oder Pirmasens (-17 %) in Rheinland-Pfalz.

Trotzdem kann von einer generellen „**Stadtflucht**“ überhaupt nicht die Rede sein. Denn den schrumpfenden Städten steht eine **Vielzahl von wachsenden oder sogar boomenden Städten** gegenüber. So haben von den 107 kreisfreien Städten in Deutschland 63 (das sind 59 %) zwischen 1990 und 2011 Bevölkerungszuwächse zu verzeichnen, teilweise sogar in erheblichem Ausmaß. Darunter sind nicht nur Städte im Westen wie Ingolstadt (+22,3 %), Freiburg (+21 %), Landau/Pfalz (+19 %), Münster (+14,2 %) oder Oldenburg (+13,7 %), sondern auch Städte im Osten wie Potsdam, das von 1990 bis 2015 um 20 % wuchs, oder Weimar (+8,3 %), Dresden (+7,4 %), Leipzig (+3,5 %).⁶

Angesichts der anhaltenden Urbanisierungstendenz bei gleichzeitig unterschiedlicher Entwicklung – der Zuwachs einerseits und das Schrumpfen andererseits von Städten mit den jeweils daraus folgenden spezifischen Problemen – fordert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung eine **Kursänderung in der Regionalförderung**, die sich künftig stärker auf die Städte und deren Strukturprobleme richten sollte.⁷

Vielfalt des ländlichen Raumes

Nimmt man die Abgrenzung von Stadt und Land anders vor, kann man – wie das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft – trotz der gerade beschriebenen hohen Urbanisierung in Deutschland auch zu dem Ergebnis kommen, dass **über die Hälfte der Bevölkerung in ländlichen Räumen** wohnt, nämlich wenn die Dörfer, ländlichen Gemeinden und kleineren Städte zusammengezogen werden. Diese ländlichen Räume, die dann rund 90 Prozent der Gesamtfläche der Bundesrepublik ausmachen und in denen mehr als 60 % der Wirtschaftsleistung erbracht

⁴ Vgl. Stadt, Land, Flucht. Wo die Deutschen leben wollen. Zum ersten Mal seit 20 Jahren ziehen mehr Deutsche aus den Metropolen weg als zu. Günstigere Miete, mehr Ruhe: Gründe für die Stadtflucht gibt es viele, in: Spiegel Online vom 30.8.2016: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/wohnen-in-deutschland-immer-mehr-menschen-zieht-es-aufs-land-a-1109484.html>).

⁵ Vgl. Birgit Ochs: Zufluchtsort Land? In: FAZ vom 12.9.2016, S. 15.

⁶ Vgl. die Liste der Kreisfreien Städte unter:

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_kreisfreien_St%C3%A4dte_in_Deutschland.

⁷ Vgl. Gerald Wagner: Lieber Landlust als Stadtrandfrust. Alles nur Modernisierungsverlierer? Die Furcht vor einer politisch reaktionären Landbevölkerung ist übertrieben, in: FAZ 15.3.2017, 13.



wird, sind jedoch **sehr heterogen**. Deshalb hat das Thünen-Institut (das Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei) eine Typisierung und Abgrenzung ländlicher Räume entwickelt, um die **Vielfalt ländlicher Räume** besser abbilden zu können.⁸

Allein das zeigt schon, dass die **Übergänge von Stadt und Land** fließend sind. Während früher ländliche Räume maßgeblich durch die Landwirtschaft geprägt waren, sind heute nur noch zwei Prozent aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt. Stadt und Land sind heute nicht selten **Einheiten im Wandel**, wobei es städtisches Leben auf dem Land oder ländliches Leben in Städten nicht nur in Form von urbaner Landwirtschaft gibt. Infolge neuer technischer Lösungen und digitaler Anbindung des ländlichen Raums ist mit Blick auf die Zukunft bereits die Rede von der **posturbanen Gesellschaft**.⁹

Dennoch können und müssen die dünn besiedelten, **peripheren Räume** von den verdichteten **städtischen oder großstädtischen Räumen** unterschieden werden. Allerdings kommt es dabei immer auf den konkreten geographischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlich-kulturellen und politischen Kontext an: Liegen die ländlichen Räume mit ihren Dörfern, Gemeinden und Kleinstädten im unmittelbaren Umland und Verflechtungsbereich eines Zentrums oder haben sie selbst Zentrumsfunktion? Wie ist die Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Bevölkerungsstruktur, wie die Infrastruktur und Verkehrsanbindung? Welche Qualität hat das Regierungs- und Verwaltungshandeln? Das sind entscheidende Fragen. Denn die Entwicklungschancen der einzelnen ländlichen Räume sind vielfach unterschiedlicher als diejenigen zwischen städtischen Gebieten und ländlichen Räumen, was den **Stadt-Land-Gegensatz** in Teilen relativiert und die Unterschiede zwischen Land und Land oder zwischen Stadt und Stadt ins Blickfeld rückt.

Ein Beispiel für ganz disparate Entwicklungen im ländlichen Räumen ist etwa das Weser-Ems-Land. Während **Ostfriesland** von starker Landflucht betroffen ist, ist das **Oldenburger Münsterland** ein massives Zuzugsgebiet: dort explodieren die Immobilienpreise, die Bauern bekommen keine Flächen mehr, weil die unbezahlbar werden, zuzugswillige Fachkräfte finden keinen Wohnraum, was die wirtschaftliche Entwicklung des Mittelstandes ausbremst.

Landflucht, Demographie, Zuwanderung

Generell gilt jedoch für Deutschland, dass mit der größeren Zahl wachsender Städte und dem noch zunehmenden Urbanitätsgrad eine anhaltende Tendenz des Wegzugs vom peripheren Land korrespondiert, die sogenannte **„Landflucht“**. Diese wird sich wahrscheinlich durch die **demographische Entwicklung** noch verstärken. So bleibt der demographisch bedingte Wandel – trotz Zuwanderung – **das beherrschende Querschnittsthema** auch bei der Stabilisierung der dünn besiedelten und abgelegener liegenden ländlichen Räume.¹⁰ Dort werden die kleineren Gemeinden – mit unterschiedlicher Dynamik – damit konfrontiert werden, dass junge Menschen weiter abwandern, ihre Bevölkerung schrumpft und überaltert, es mehr Pflegebedürftige gibt, kommunale Einnahmen in der Folge sinken, Kosten aber steigen, Auslastung und Erhalt der Infrastrukturangebote (noch) schwieriger werden und Immobilienwerte schwinden, Leerstand zunimmt und das Wohnumfeld leidet.¹¹

⁸ Vgl. Patrick Küpper: Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume, Braunschweig/Deutschland, Dezember 2016 (Thünen Working Paper 68): http://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn057783.pdf. Demnach sind 267 der 361 deutschen Kreisregionen ländlich (74 %, Kreisregion = kreisfreie Städte unter 100.000 Einwohner und zugehörige Landkreise). Das entspricht 306 von 402 Kreisen. Hier leben 57,2 % der Einwohner auf 91,3 % der Fläche Deutschlands. 94 Kreisregionen sind nicht-ländlich. Als sehr ländlich werden 152 und als eher ländlich 115 Kreisregionen bezeichnet. 155 der 267 ländlichen Kreisregionen (58 %) wurden in die Kategorie „weniger gute sozioökonomische Lage“ eingeordnet, während 112 Kreisregionen eine „gute sozioökonomische Lage“ zugewiesen wird.

⁹ Vgl. Walter Sinn: Die Rückkehr der Menschen auf das Land. Neue Technologien drehen Megatrend um, in: manager magazin, 25.08.2016, online abrufbar unter: <http://www.manager-magazin.de/politik/artikel/posturbane-gesellschaft-wie-wir-in-20-jahren-leben-koennten-a-1108895.html>.

¹⁰ Vgl. Sven Astheimer: Wer schuffet für die Babyboomer? In: FAZ vom 15.3.2017, S. 17.

¹¹ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Kleine Gemeinden im ländlichen Raum, 2008: https://www.wegweiser-kommune.de/documents/10184/16915/XII_Kleine+Gemeinden+im+1%C3%A4ndlichen+Raum.pdf/a207fb3d-d3d8-4fce-82cc-15243d9c024b.



Vom **Bevölkerungsschwund** sind vor allem Gebiete im **Osten Deutschlands** betroffen. Im **Westen** teilen dieses Schicksal insbesondere Gemeinden im westlichen Rheinland-Pfalz, in Südost-Niedersachsen, in Nord-Hessen und im nördlichen Bayern.

Inwieweit die **Flüchtlingsmigration und Zuwanderung** hier Abhilfe schaffen kann, insbesondere in den ländlichen Gebieten, ist ungewiss. Zwar gibt die im Integrationsgesetz geregelte Wohnortzuweisung ein befristetes Steuerungsinstrument an die Hand, die Erfahrung zeigt jedoch, dass es die Zuwanderer ganz überwiegend in städtische Gebiete zieht. Zudem hängt es von dem **Gelingen der Integration** ab, ob die Zugewanderten zu einer Bereicherung oder Belastung (Transferempfänger) der Gesellschaft insgesamt und am jeweiligen Lebensort werden. Da diesbezüglich die bisher gemachten Erfahrungen nicht nur in Deutschland durchaus sehr gemischt sind, von gelungener Integration bis hin zur Ausbildung von Parallelgesellschaften und Parallelkulturen reichen, besteht hier eine gewaltige Aufgabe. Die Bewältigung dieser Aufgabe hat nicht nur entsprechende Folgen für die öffentlichen Haushalte und Sozialkassen. Sie entscheidet auch über die Akzeptanz der Neankömmlinge in der Gesellschaft und im Lebensumfeld.¹² Ob es bezüglich der Aufnahme und Akzeptanz von Flüchtlingsmigranten und Zuwanderern Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Bereichen gibt, sollte bei der Integrationspolitik beobachtet werden, um entsprechend reagieren zu können.

Insgesamt ist bei der Stadt-Land-Thematik zu beachten: So heterogen die spezifischen Räume und Situationen sind, so vielfältig sind auch die jeweiligen **politischen Gestaltungsfragen**, die damit zusammenhängen. Deshalb bedarf es jeweils einer **detaillierten Analyse**. Das **thematische Spektrum** reicht dabei von der europäischen Raumentwicklungs- und Strukturpolitik, der internationalen Zusammenarbeit, über fiskalische Ausgleichssysteme, Flächen- und Verkehrspolitik, Energie- und Klimaschutzpolitik, bis zur regionalen Strukturpolitik, also der Landes- und Regionalplanung, der Stadtplanung, dem Städtebau und Bauwesen allgemein. Hinzu kommen die Probleme der Demographie und Daseinsvorsorge, die Erstellung von spezifischen Leitbildern und Konzepten und schließlich die Umsetzung der konkreten Projekte.¹³ Damit ist eine sehr große Bandbreite von Politikbereichen und Kompetenzen gefragt: Wirtschaft und Landwirtschaft, Verwaltung, Infrastruktur, Verkehr, Familie/Soziales, Bildung, Gesundheit, Umwelt, Sicherheit, Kultur.

Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse

Auch wenn die bislang herrschende staatsrechtliche Auffassung ein **Staatsziel** zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland abgelehnt, da es sich bei Art. 72 Abs. 2 Grundgesetz (Gesetzgebungsrecht des Bundes, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht) nicht um einen Verfassungsauftrag, sondern um eine Kompetenzbegrenzungsklausel handele, entfaltet das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse oder - andersrum betrachtet – die Problematik großer sozialer und regionaler Ungleichheiten in politischen Diskussionen dennoch eine große Anziehungskraft.¹⁴

Außer Frage steht, dass eine gute **Grundversorgung** mit öffentlichen Dienstleistungen eine Grundbedingung für eine prosperierende wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist. Deshalb schlägt ein Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung vor, die **regionale Daseinsvorsorge** als eine **Gemeinschaftsaufgabe** im Grundgesetz zu verankern.¹⁵ Dies sei notwendig für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die Frage, was eine solche Grundversorgung alles umfassen soll und ob sie tatsächlich überall noch zu gewährleisten ist, ist damit noch nicht beantwortet. Sie bleibt

¹² Vgl. Astheimer, aaO.

¹³ Vgl. etwa das Portefeuille des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Themen/themen_node.html.

¹⁴ Vgl. Josef Franz Lindner, Rezension: Kahl, „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ unter dem GG. Eine kritische Analyse (C.F. Müller 2016), in: Bayerischer Rechts- und Verwaltungsreport 16.5.2016: <https://bayrvr.de/2016/05/11/rezension-kahl-gleichwertige-lebensverhaeltnisse-unter-dem-gg-eine-kritische-analyse-c-f-mueller-2016/>.

¹⁵ Vgl. Jens Kersten, Claudia Neu, Berthold Vogel: Regionale Daseinsvorsorge. Begriff, Indikatoren, Gemeinschaftsaufgabe (Wiso Diskurs, Januar 2015, Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung), S. 6: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/11182.pdf>. Dieses Thema griff auch der neue SPD Vorsitzende und Kanzlerkandidat Martin Schulz in seiner Bewerbungsrede auf dem Sonderparteitag am 19.3.2017 auf.



der politischen Auseinandersetzung vorbehalten. Dabei gilt es zu beachten, dass die Lebensverhältnisse in Deutschland ganz überwiegend ausgeglichen sind, die stark oder sehr stark unterdurchschnittlichen Lebensverhältnisse jedoch nach wie vor fast ausschließlich im Osten des Landes zu finden sind.¹⁶

Die Konferenz der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden spricht sich für eine Erweiterung des Portefeuilles des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft um die Bereiche ländliche Räume und Heimat aus, um die Herausforderung besser zu bewältigen, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu gewährleisten.¹⁷

II. Die Zukunft des ländlichen Raumes als politisches Thema

„Dem ländlichen Raum gehört die Zukunft“, schrieb kürzlich Daniel Dettling in der Welt. Die Zuwanderung nach Deutschland, die stabilere Beschäftigungssituation und das geringere Armutsrisiko auf dem Lande, die digitale Revolution und das teure Leben in den Großstädten sprächen für einen **Umschwung zugunsten des Lebens auf dem Lande**.¹⁸ Zudem sei der Mensch ein globaler Dorfbewohner und die Vermischung von globalen Einflüssen und kommunaler Verantwortung („Glokalisierung“) ein Zukunftstrend, heißt es.¹⁹

Ob das tatsächlich so ist und kommt und ausreicht, um den generell negativen Trend in der demographischen Entwicklung in Deutschland und die Wanderungsbewegung von entfernteren Landregionen in Städte umzukehren, ist **zweifelhaft**. Dass aber auch das Leben auf dem Lande, vielleicht nicht überall, aber ganz überwiegend eine **Zukunft** hat, steht weitgehend außer Frage.

Allerdings bedarf es konkreter **politischer Anstrengungen**, damit das Leben in Stadt und Land nicht allzu stark auseinanderfällt, die Krise zu einem produktiven Impuls wird und neben der Frage von Arm und Reich oder Ost und West nicht eine dritte soziale Frage entsteht, „Abgehängte“ draußen auf dem Land sich nicht Protestbewegungen und politischen Randgruppen zuwenden. Dass diese **Gefahr** durchaus besteht, lässt sich nicht nur in Frankreich beim Zulauf zum Front National, bei der Mehrheit für den Brexit in Großbritannien oder in den USA bei den Wählern von Donald Trump im „Fly-Over-Land“ beobachten, sondern auch in Deutschland bei den Unterstützern von Linkspartei oder AfD – auch wenn in all diesen Fällen mehrere Ursachen eine Rolle spielen. Deshalb tut auch hier eine genauere Analyse not. Die schablonenhafte Einsortierung: hier die städtischen Modernisierungsgewinner, dort die ländlichen Modernisierungsverlierer greift jedenfalls zu kurz.²⁰

Der CDU als Volkspartei für die Menschen in Stadt und Land war und ist es ein Anliegen, dass sich die Lebensverhältnisse hier wie dort gut entwickeln und bei allen Unterschieden nicht zu sehr auseinanderfallen. So verstehen Christdemokraten nicht nur die Städte, sondern auch die ländlichen Gebiete als wichtige **Zukunftsräume**, die es zu gestalten gilt durch gute Politik.²¹

Stadt und Land sind eben keine Gegensätze, sondern ergänzen sich, der Übergang ist häufig fließend. Städte brauchen das atmende Land, das Land braucht pulsierende Städte. Ländliche Regionen haben wie auch Städte ihre je eigene Lebensqualität.²² Das Leben in der Stadt oder auf dem Land ist von daher wohl weniger eine Frage des Images, sondern der konkreten Rahmenbedingungen und der persönlichen Lebenspräferenzen.

¹⁶ Vgl. ebd. 13.

¹⁷ Berlin, Entschließung vom 5.3.2017.

¹⁸ Daniel Dettling: Raus aus der Stadt. Dem Leben auf dem Land gehört die Zukunft, in: Die Welt online, Stand: 05.03.2017, online unter: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article162598346/Dem-Leben-auf-dem-Land-gehoert-die-Zukunft.html>.

¹⁹ Zum Stichwort Glokalisierung vgl. Barbara Seibert: Kommunale Dialoge in der Glokalisierung. Ein Debattenbeitrag, in: Kommunalpolitik. Was uns prägt – Was uns eint (Schriftenreihe Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bd. 3), Sankt Augustin/Berlin 2017, S. 273-280.

²⁰ Vgl. Gerald Wagner, Lieber Landlust als Stadtfrost. Alles nur Modernisierungsverlierer? A.a.O.

²¹ Vgl. Auf dem Land soll Zukunft wachsen, CDU-Meldung vom 27. Januar 2017, in: https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170127_landwirtschaft.pdf?file=1.

²² Vgl. Zukunftsinstitut: Das Comeback des Dorfes, TREND UPDATE 02/2015, online abrufbar unter: <https://www.zukunftsinstitut.de/artikel/umwelt/das-comeback-des-dorfes/>.



Mit Blick auf bestimmte Regionen, die vor einem **Strukturwandel** stehen, zeigt zudem gerade die deutsche Geschichte, wie durch kluge Politik aus eher rückständigen ländlichen Regionen prosperierende Gebiete wurden, wenn man zum Beispiel nach Bayern oder Baden-Württemberg schaut, oder wie Transformation in Angriff genommen werden kann, wenn man sich dem Ruhrgebiet zuwendet oder die Konversion im Raum Bitterfeld in Sachsen-Anhalt ansieht.

Da die Christdemokratie zudem beim Wahlverhalten auf dem Land meist etwas überproportional, die SPD, aber auch die Grünen dagegen eher unterproportional abschneiden und zudem Nichtwähler und Unentschlossene auf dem Land stärker vertreten sind, gibt es auch von daher gute Gründe, sich diesem Bereich in besonderer Weise zu widmen.²³

So hat die **CDU-Fraktion im Land Brandenburg** ein eigenes Strategiepapier erarbeitet und am 9. Januar 2017 verabschiedet, das sich unter dem Titel „**Landlust statt Landfrust**“ mit den **Zukunftsperspektiven** des ländlichen Raumes auseinandersetzt, ihn aus dem Schattendasein herausholt und in den Blickpunkt rückt. In sechs Punkten nennt das Papier konkrete Baustellen und Lösungsansätze für die Entwicklung auf dem Lande. Dabei geht es um:

1. Netzanbindung für Internet und Mobilfunk
2. Erhalt von Schulen bei sinkenden Schülerzahlen: Kleine Grundschule, einzügige Oberschule, Gymnasien mit Zweigstellen, Landlehrerstipendien
3. Bürgernahe Verwaltung statt Zentralisierung (Kreis- und Gemeindegebietsreform): Kooperation statt Fusion, Gemeindefinanzierung unter Berücksichtigung der Lasten der Fläche, Digitalisierung der Verwaltung (E-Government), „Heimateuro“ für Ortsteile zur Finanzierung von Veranstaltungen/Brauchtum
4. Verkehrsverbindungen: Mobilitätsstrategie 2030, Ausbau von Strecken, variable Lösungen (Anruf-Sammeltaxi) etc.
5. Gesundheitsmanagement: Versorgungszentren, Hausärzte, Landarztstipendien (Anreize), Telemedizin, Förderung Pflegeheimbau, Mehrgenerationenhäuser
6. Landwirtschaft: Vorkaufsrecht für ortsansässige Landwirte, Boden-Management²⁴

Dass die Union für „eine **Präsenz des Staates und der Verwaltung in der Fläche**“ steht und kontinuierlich daran arbeitet, „die Entwicklung der ländlichen Räume zu forcieren“, hat gerade auch die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU in einer Entschliebung vom 5. März 2017 bekräftigt.

In der **Landwirtschaftspolitik** ist das Zukunftsprojekt der Grünen, die „**Agrarwende**“, ein Thema. Sie werben für eine sozialökologische Transformation der Landwirtschaft, sprechen sich gegen die „Agrarindustrie unter dem Schutz von CDU/CSU“ und gegen „Fleischwahn“, „Billigessen“, „Massentierhaltung“ aus. Die CDU wirbt diesbezüglich für einen Mittelweg zwischen Agrarindustrie und „Grünen Öko-Utopien“, zwischen Tradition und Moderne.²⁵ Hier gilt es deutlich zu machen, dass eine radikale Umsteuerung in der Landwirtschaft die Preise in die Höhe treiben wird, wobei der Markt, also die Verbraucher, heute schon die Bioprodukte nur zu einem kleinen Teil annimmt. Zudem sind ebenso die Belange der Landwirte zu berücksichtigen.²⁶

Sogenannte „**weiche**“ Themen wie „gutes Leben“ oder „gute Ernährung“ haben durch die handfesten Probleme in anderen Bereichen (Flüchtlingskrise, EU-Krise, Terrorismus etc.) zwischenzeitlich tendenziell an Bedeutung verloren. Da sie in Gefahr stehen, einem staatlichen Paternalismus Vorschub zu leisten, sind solche Themen zudem mit Vor-

²³ Vgl. z.B. die Umfrage der Universität Leipzig von 2013, Die Parteien und das Wählerherz: http://www.magazin-auswege.de/data/2013/09/PM_Uni-Leipzig_Parteien_und_Waehlerherz_2013-09-11.pdf.

²⁴ Das inhaltliche Tableau ließe sich noch erweitern, etwa durch Infrastrukturangebote für Familien, Einkaufsmöglichkeiten, Präsenz der Polizei, Stärkung des Vereinslebens, Kulturangebote etc.

²⁵ Vgl. etwa: Agrarpolitik. Grüne CDU, in FAZ vom 1.9.2015:

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/agrarpolitik-gruene-cdu-13778606.html>.

²⁶ Vgl. CDU-Agrarpolitiker beschließen Programm für zukunftsfähige ländliche Regionen, nachhaltige Landwirtschaft und gute Ernährung: <https://www.cdu.de/artikel/cdu-agrarpolitiker-beschliessen-programm-fuer-zukunftsaehige-laendliche-regionen>.



sicht zu behandeln. Auch ein sanfter Paternalismus hat schließlich bevormundende Wirkung. Und ein halb im verborgenen betriebenes „Nudging“, in dem verhaltensökonomisch geschultes Regierungspersonal den Bürger zu „gutem Leben“, „guter Ernährung“, „gutem Bürgertum“ veranlassen soll, steht in Spannung zur freien Entscheidung eines selbstbestimmten, informierten Staatsbürgers. Dass die Menschen sich „gutes Leben“ oder „gute Ernährung“ nicht von der Politik vorschreiben lassen wollen, haben die Grünen bei der letzten Bundestagswahl schmerzlich erfahren, als sie einen „Veggie-Day“ zur Pflicht für alle machen wollten.²⁷

Ein Thema hingegen, das Stadt und Land direkt betrifft und stärkere inhaltliche Aufmerksamkeit verdient, sind die **Kreisgebietsreformen**, die in verschiedenen Bundesländern betrieben werden (Brandenburg, Thüringen) oder betrieben wurden (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen). Da es dabei um die Vergrößerung von Verwaltungseinheiten durch Zusammenlegung von Kreisen und die Einkreisung von Städten geht, wofür es durchaus Gründe geben kann, die Behörden sich dadurch aber vom Bürger räumlich entfernen, lokale Identitäten sowie ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker verloren gehen und die demokratische Mitwirkung erschwert wird, werfen diese Gebietsreformen Probleme auf und sind umstritten. Die politische Brisanz zeigt sich etwa in Brandenburg, wo es ein Volksbegehren gegen die Kreisreform gibt.²⁸

Eine **zentrale Erkenntnis** beim Thema „Stadt und Land“ ist die, dass ländliche Räume im Vergleich in der Regel teurer sind als städtische, was vor allem bei pro Kopf Zuweisungen zu berücksichtigen ist. Wichtig ist zudem, dass zu den notwendigen Investitionen auf dem Lande keineswegs nur technische (Breitbandausbau) oder wirtschaftlich-soziale gehören. Auch ein Ausbau der politischen Bildung kann dort helfen, Politikverdrossenheit zu begegnen und für mehr Verständnis für die politischen Zusammenhänge zu sorgen ohne vorhandene politische Differenzen zu verwischen.²⁹

III. Ansätze und Strategien für die ländliche Entwicklung

Die **besondere Problematik** der weiteren Entwicklung abgelegener ländlicher Gebiete macht es – wie oben dargelegt – notwendig, sich **inhaltlich, politisch-programmatisch** in besonderer Weise mit dem Thema zu befassen und **Zukunftsstrategien** zu entwickeln.

Folgende **Strategien** werden u.a. diskutiert oder verfolgt:³⁰

- Genaue Analyse der Situation und Entwicklungsprognosen
- Entwicklung von Anpassungsstrategien: Leitbilddiskussion, integrierte Konzepte
- Breite Akteurs- und Bürgerbeteiligung (Transparenz, Teilhabe)
- Förderung bürgerschaftlicher Beteiligung, die zur Stabilität beiträgt (Selbsthilfekräfte wecken)
- Neudefinition von notwendigen Standards der Infrastruktur und Lebensbedingungen
- Diskussion über den Grad der Akzeptanz von Ungleichheit der Lebensbedingungen bis hin zur Aufgabe von Ortschaften³¹
- Ortsnahe Daseinsvorsorge: Kinderbetreuung, Schule, familienfreundliche Strukturen, Gesundheit, Pflege, Bildung, Einkauf etc.
- Soziale, technische und ökologische Innovationen zur Daseinsvorsorge

²⁷ Vgl. Johannes Pennekamp: Ringen um einen Begriff. Was ist das gute Leben, in: FAZ vom 14.6.2015: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ringen-um-einen-begriff-was-ist-das-gute-leben-13643964.html>.

²⁸ Siehe dazu die KAS-Veranstaltungen am 15.11.2016 in Cottbus und 6.12.2016 in Oranienburg: <http://www.kas.de/brandenburg/de/events/70589/>, <http://www.kas.de/brandenburg/de/events/70913/>.

²⁹ Vgl. Frank Pergande: Schuld ist die Demographie. Beispiel Mecklenburg-Vorpommern: Wie Bevölkerungsschwund zu Politikverdrossenheit führt, in: FAZ vom 12.9.2016, 8.

³⁰ Vgl. z.B. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 11/2011: Die Zukunft der Dörfer. Zwischen Stabilität und demografischem Niedergang: http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Doerfer_2011/Die_Zukunft_der_Doerfer_Webversion.pdf.

³¹ So empfahl das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2013, hoffnungslose ländliche Räume aufzugeben und sich von der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse abzuwenden; vgl. Gerald Wagner, a.a.O.



- Spezielle Jugendförderung, gerade auch mit Blick auf Mädchen, junge Frauen, um deren Abwanderung zu verhindern
- Stärkung kultureller Standortfaktoren
- regionale Siedlungskonzepte (Siedlungsumbau) und Mobilitätskonzepte
- Festigung und Ausbau von (interkommunalen) Kooperationsstrukturen
- Fusionen von Kommunen, Kreisen
- Kommunaler Finanzausgleich
- Entwicklung von Klein- und Mittelstädten zu Ankerpunkten und Mittelzentren
- Förderung neuer Technologien und Trends (Energiewende, digitale Anbindung, Bedeutung regionaler Produkte)
- soziale, technische und ökologische Innovationen zur Daseinsvorsorge
- Existenzgründungen und Unternehmensnachfolge
- Tourismus im ländlichen Raum

Die **Digitalisierung** im Sinne eines Wandels hin zu elektronisch gestützten Prozessen mittels [Informations- und Kommunikationstechnik](#) ist ein zentrales Thema zur Umstellung der Daseinsvorsorge sowie der Anbindung und Überwindung von Distanzen: Die Vorstellungen reichen vom Arbeiten zu Hause, der Dezentralisierung von Arbeitsplätzen, über Gesundheits- und Bildungsangebote, elektronischer Verwaltung (E-Government, Open Data³²) bis hin zu digitalen kulturellen Angeboten (digitale Konzerthalle).³³

Ein neuer Trend verfolgt Strukturpolitik durch **Regionalisierung**: Durch die Verlagerung von Einrichtungen in die Region, was Bayern mit seiner **Heimatstrategie** dem finnischen Beispiel folgend umsetzt, sollen neue Arbeitsplätze und Erreichbarkeiten in ländlichen Regionen entstehen.³⁴

IV. Ideen und beispielhafte Initiativen für ländliche Räume³⁵

Wie immer in Transformationsprozessen geht es darum, innovative Ideen zu identifizieren und zu unterstützen. Einige seien hier beispielhaft genannt:

- Das „**Dorfladen-Netzwerk**. Bundesvereinigung multifunktionaler Dorfläden“³⁶ will Zukunftsperspektiven für das Leben auf dem Dorf schaffen, indem grundlegende Einkaufs- und zugleich Treff-Möglichkeiten erhalten werden.
- **Stadtentwicklung und Stadtmarketing** am Beispiel von Bad Münstereifel: seit 2014 ist dort einmalig in Deutschland ein innerstädtisches Outlet entstanden, das die historische Altstadt in das Vermarktungskonzept in-

³² Vgl. Marcus Dapp, Dian Balta, Walter Palmethofer, Helmut Kremar, Pencho Kuzev: Open Data the benefits. Das volkswirtschaftliche Potential für Deutschland. Hrsg.: Konrad-Adenauer-Stiftung. Berlin 2016

³³ Vgl. Hans-Günter Henneke: Die Bedeutung von Kommunikationsnetzen und digitaler Teilhabe für ländliche Räume, in: Kommunalpolitik. Was uns prägt – Was uns eint (Schriftenreihe Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bd. 3), Sankt Augustin/Berlin 2017, S. 211-219.

³⁴ Vgl. Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat: Heimatstrategie. Regionalisierung von Verwaltung. Behördenverlagerungen 2015:

<https://www.stmflh.bayern.de/landesentwicklung/verlagerungen/verlagerungen.pdf>.

Beginnend mit 2015 sollen 50 Behörden und staatliche Einrichtungen mit 3.155 Personen (Beschäftigte und Studierende) in alle bayerischen Regierungsbezirke verlagert werden. Auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert in einem aktuellen Positionspapier zu ländlichen Räumen die Regionalisierung von Landesbehörden, vgl. hierzu Dr. Gerd Landsberg: Ländliche Räume als Innovationsräume stärken! Positionspapier des DStGB vom 19. Januar 2017:

<http://www.dstqb.de/dstqb/Homepage/Publikationen/Positionspapiere/L%C3%A4ndliche%20R%C3%A4ume%20als%20Innovationsr%C3%A4ume%20st%C3%A4rken!/PP%20L%C3%A4ndliche%20R%C3%A4ume.pdf>, S. 2.

³⁵ Einige der hier genannten Initiativen werden im Rahmen der KAS-Fachkonferenz: Lust auf Land – Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume am 22./23. Mai 2017 vorgestellt: <http://www.kas.de/wf/de/17.71661/>. Eine Sammlung von Erfolgsgeschichten zur Förderung der ländlichen Entwicklung hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft auf seinem Infoportal Zukunft.Land aufbereitet: http://www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/InformationsportalZukunftLand/Erfolgsgeschichten/erfolgsgeschichten_node.html.

³⁶ <http://dorfladen-netzwerk.de/>.



tegiert. Nachdem der Einzelhandel zuvor zurückging und Ladenlokale leer standen ist nun eine Steigerung der Besucherzahlen zu verzeichnen, schreitet die Sanierung des Stadtkerns voran, sind die Ladenlokale ausgelastet und werden neue Einkaufsflächen geplant.

- Gründung von **Genossenschaften** als „Dableibe-Vorsorge“
 - **Dienstleistungsgenossenschaft** Eifel DLG eG: gegründet von 39 Arbeitgebern mit 3.600 Arbeitnehmern der Region. Zweck ist die wirtschaftliche und soziale Förderung der Mitglieder, die Entwicklung, Beratung, Bereitstellung und der Einkauf von Leistungen in den Bereichen Personalführung, Chancengleichheit und Vielfalt, physische und psychische Gesundheit, individuelle und organisationsmäßige Widerstandsfähigkeit in Krisensituationen, Wissen und Kompetenz sowie Digitalisierung.
 - GenoEifel eG - die **Generationengenossenschaft**: Ein Zusammenschluss von Menschen, die sich gegenseitig in einem verbindlich organisierten Rahmen unterstützen. Mit Hilfen beim Einkaufen, bei Haus- oder Gartenarbeiten, Begleitung zu Arzt und Behörden, Besuchsdiensten, Vorlesen, Spazieren gehen, kleinen technischen Hilfen und Reparaturen etc. Zweck der gemeinnützigen Genossenschaft ist die Förderung der Jugend- und Altenhilfe sowie die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen durch die Mitglieder, die als Hilfspersonen nach Weisung der Genossenschaft tätig werden.
- **Mobilität**: nachfrageorientierter Öffentlicher Personen Nahverkehr (Taxibus, Sammeltaxi) und lokale Initiativen (Bürgerbus), Car-Sharing. Zwei Jungunternehmer haben eine Software „mobilesdorf“ entwickelt, um die Bereitstellung von Dorfautos zu organisieren und Kommunen und Vereine im ländlichen Raum zu Carsharing-Anbietern zu machen.
- **Vermarktung regionaler Produkte/Regionalmarken**: Regionalmarke EIFEL verfolgt das Ziel, die qualitätsorientierten klein- und mittelständischen Strukturen in der ländlich geprägten Mittelgebirgsregion zu stärken und damit auch den Erhalt und die Weiterentwicklung der Region Eifel zu ermöglichen.
- Eröffnung des größten Windkraftparks in einem Wald in Dahlem in NRW – fehlende Steuereinnahmen wurden auf diesem Weg als **Energiestandort** (dezentrale Energieanlagen) kompensiert.
- **Notärztliche Versorgung**: Über ein Pilotprojekt Telenotarzt soll auch in Zukunft die notärztliche Versorgung in Flächenkreisen sichergestellt werden.
- **Fachkräftegewinnung**: Ziel des Regionalmarketings Südwestfalen ist es, die Region bundesweit bekannt zu machen und um Fach- und Führungskräfte innerhalb und außerhalb der Region zu werben. Mit Hilfe von Kampagnen wurden attraktive Arbeitgeber der Region bekannt gemacht und die Stärken der Region betont.
- **Bürgerschaftliches Engagement** durch Zusammenschluss als Dörfergemeinschaft: Bürger haben 2012 einen Verein „Dörfergemeinschaft am Thürne e.V.“ im Höhengebiet von Bad Münstereifel gegründet und setzen sich seitdem für die Verbesserung von Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen ein, fördern die Gemeinschaft, Nachbarschaft sowie den Zusammenarbeit in den Dörfern.
- **Bürgerbüros** zur Anregung und Vernetzung bürgerschaftlichen Engagements und **Demographie-Coaching** als Beratung in Veränderungsprozessen.

V. Beiträge der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Stadt- und Land-Thematik

Es gibt eine **Vielzahl von Veranstaltungen** und auch Veröffentlichungen der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), in denen die Thematik von „Stadt und Land“ aufgegriffen und in unterschiedlichen Aspekten behandelt wird. Auf einige soll hier beispielhaft hingewiesen werden. (Nicht aufgeführt sind die Veranstaltungen und Publikationen der Auslandsbüros der Stiftung, die sich mit dem Thema in Bezug auf andere Länder und Regionen der Welt beschäftigen.)

Bereits in den Jahren 2010/11 gab es eine ganze **Veranstaltungsreihe** mit regionalen Vorträgen, Gesprächen, Diskussionen über alle Regionen des Landes **Brandenburg** verteilt, in denen die Zukunftsperspektiven des ländlichen Raumes vor Ort thematisiert und Anregungen zum Transformationsprozess gegeben wurden.³⁷

³⁷ [http://www.kas.de/brandenburg/de/pages/7153/.](http://www.kas.de/brandenburg/de/pages/7153/)



Solche **Fachgespräche** wurden und werden auch in anderen Bundesländern durchgeführt, so etwa im Juni 2016 in **Sachsen-Anhalt**.³⁸ Im **Saarland** gibt es einen **Netzwerkkreis**, der sich mit der Zukunft von Stadt und Land befasst. In Baden-Württemberg wurde über die „Nahversorgung im ländlichen Raum“ debattiert.

Im Rahmen der **Transformationskonferenzen** der KAS ging es am 12. Mai 2016 in Niedersachsen um „Die Zukunft des Dorfes – Visionäre, ihre Ideen und Erfolgsgeschichten“³⁹.

In **Fachkonferenzen** wie z.B. in Nordrhein-Westfalen: „Lust auf Land – Strategien für die Zukunft ländlicher Räume“, können innovative Ideen vor Ort bekannt gemacht und erörtert werden.⁴⁰

Als ein gutes Instrument hat sich in **Workshops** zu „**Strategien in Stadt und Land**“ in Brandenburg die Anwendung der sogenannten SWOT-Analyse: **Strengths** (Stärken), **Weaknesses** (Schwächen), **Opportunities** (Chancen) und **Threats** (Bedrohungen) auf bestimmte Regionen oder kommunale Bereiche gezeigt. Sie dient der Positionsbestimmung und der **Strategieentwicklung**, wobei hinzugezogene Experten bei der Analyse helfen können.⁴¹

Veränderungsmanagement setzt eine Auseinandersetzung mit den Zukunftsperspektiven voraus. In einem **Zukunftsforum** „Brandenburg 2030. Perspektiven der Zukunftsforschung und Wirtschaftspolitik“ wurden diese im März 2016 mit Experten debattiert, wobei die Beziehungen zwischen der Metropolregion Berlin und den weiter entfernt liegenden Brandenburger Landregionen eine wichtige Rolle spielte.⁴²

Bei einem **Demokratiekongress** in Magdeburg wurde der demographische Wandel in Stadt und Land in Sachsen-Anhalt analysiert und diskutiert.⁴³

Handreichungen wie die von Maja Eib, Daniel Braun in Thüringen herausgegebene: Demografischer Wandel und **Daseinsvorsorge im ländlichen Raum** am Beispiel Thüringens (Handreichung zur Politischen Bildung, Bd. 14, Sankt Augustin 2014), machen die Ergebnisse einer Veranstaltungsreihe einem weiteren Leserkreis zugänglich.⁴⁴

Die Kommunal-Akademie hat eine **Schrift** zum Thema: **Europa vor Ort**. Kommunen | Bürgerschaft | Förderprojekte (Handreichung zur Politischen Bildung, Band 21, von Volker Kronenberg, Sankt Augustin 2016) herausgegeben.⁴⁵ Zuvor ging es beim **Kommunalkongress** 2015 um das Thema: „**Hinaus aufs Land?** Rahmenbedingungen für Wohnen und Arbeiten in peripheren Regionen“.

Eine Themenreihe „**Zukunft der Stadt – Stadt der Zukunft**“ befasste sich mit Veranstaltungen in Berlin, Hamburg und Karlsruhe mit unterschiedlichen Aspekten des städtischen Lebens und der Stadtpolitik. Themen waren Smart City, Nachhaltigkeit, Urban Gardening, Mobilitätskonzepte, Zuwanderungspolitik und Innovationen.⁴⁶

Die Kommunal-Akademie beschäftigte sich auf ihrem **Kongress** 2015 in Aachen mit dem Thema: „Die **generationsgerechte Stadt** – Barrierefreiheit weiter denken“.⁴⁷

In Seminaren der Kommunal-Akademie oder z.B. in Mecklenburg-Vorpommern⁴⁸ zum Thema „**Planen und Bauen**“ geht es um Zukunftsaufgaben für Städte und Gemeinden.

³⁸ http://www.heike-brehmer.de/lokal_1_1_76_Gespraechsabend-der-Konrad-Adenauer-Stiftung-in-Osterwieck-zum-Thema-Laendliche-Raume.html.

³⁹ <http://www.kas.de/niedersachsen/de/events/68024/>.

⁴⁰ <http://www.kas.de/wf/de/17.71661/>.

⁴¹ Vgl. den Workshop zum Strukturwandel in der Lausitz im Februar 2016:

<http://www.kas.de/brandenburg/de/events/67160/>.

⁴² <http://www.kas.de/brandenburg/de/events/67298/>.

⁴³ <http://www.kas.de/sachsen-anhalt/de/events/65503/>.

⁴⁴ http://www.kas.de/wf/doc/kas_36539-544-1-30.pdf?140113103933.

⁴⁵ <http://www.kas.de/wf/de/33.45229/>.

⁴⁶ Vgl. z.B. <http://www.kas.de/bw/de/events/65500/>.

⁴⁷ <http://www.kas.de/wf/de/17.64203/>.



In einer **Veranstaltungsreihe** des Politischen Bildungsforums Berlin wurden 2015/16 Aspekte der **Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung** in der Nahrungsmittelversorgung, Klimaanpassung, im Stadtgrün, in der Energieversorgung und im Gesundheitswesen behandelt.⁴⁹

In den **Stadtteilgesprächen** in neun Berliner Bezirken ging es 2016 um das Thema „Wachsende Stadt Berlin“. Gefragt wurde dabei, was die Bürgerinnen und Bürger meinen und was ihnen unter den Nägeln brennt.⁵⁰

VI. Anhang:

- Zuständigkeiten für ländliche Räume
- Partner und Ansprechpartner zum Thema Ländliche Räume

Zuständigkeiten für ländliche Räume

Europa

Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und der Europäische Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) sind die zentralen Finanzierungsinstrumente der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). ELER ist die finanzielle und inhaltliche Grundlage der ländlichen Entwicklungspolitik in Europa. Darüber hinaus profitieren ländliche Räume von Mitteln der EU-Strukturfonds (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Europäischer Sozialfonds (ESF), wobei die Bundesländer Programme zur Umsetzung entwickeln.

Bundesebene

Seit Oktober 2016 gilt das vom Bundeslandwirtschaftsministerium vorgelegte Gesetz zur Änderung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK). Dadurch sollen ländliche Räume durch die erweiterten Förderungsmöglichkeiten für Infrastruktur und Kleinstbetriebe sowie Naturschutz und Landschaftspflege gestärkt werden. Zu den neuen Fördermaßnahmen zählen insbesondere:

- Investitionen in nichtlandwirtschaftliche Kleinstbetriebe
- Investitionen in kleine Infrastrukturen und Basisdienstleistungen (wie die Nahversorgung mit Gütern und Dienstleistungen)
- Investitionen zugunsten des ländlichen Tourismus
- Investitionen zur Umnutzung auch dörflicher Bausubstanz.

Die GAK-Mittel wurden erheblich aufgestockt: 2014 und 2015 standen jeweils jährlich rund 600 Millionen Euro bereit, 2016 750 Millionen und 2017 765 Millionen Euro.

Die interministerielle Zusammenarbeit ist seit Januar 2015 durch den Arbeitsstab „Ländliche Entwicklung“ verstärkt worden (Mitglieder sind Iris Gleike (BMWi), Florian Pronold (BMUB), Peter Bleser (BMEL), Dr. Günter Krings (BMI), Annette Widmann-Mauz (BMG) und Dorothee Bär (BMVI).

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) setzt das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) um. Mit der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) und dem Kompetenzzentrum Ländliche Entwicklung werden die Ziele der ländlichen Entwicklungspolitik sowohl auf Bundes- als auch auf EU-Seite umgesetzt und weiterentwickelt.

⁴⁸ <http://www.kas.de/mv/de/events/66770/>; <http://www.kas.de/mv/de/events/69320/>.

⁴⁹ Stadt und Land - Erneuerbare Energien - die gemeinsame Umsetzung der Energiewende in der Region Berlin-Brandenburg: <http://www.kas.de/akademie/de/events/67331/>.

⁵⁰ <http://www.kas.de/akademie/de/events/69038/>.



Länderebene

Bundesländer setzen mit den zugeteilten EU-Mitteln (ELER) und Bundesmitteln (GAK) eigene Prioritäten und erarbeiten Länderprogramme zur Umsetzung. Gleichzeitig setzen sie auf der Grundlage von Landesentwicklungsplänen den Rahmen für die Entwicklung ländlicher Räume.

Regionen und Kommunen

Neben regionalen Raumordnungsplänen (u.a. integrierte ländliche Entwicklungskonzepte) engagieren sich Landkreise und Kommunen bei Förderung von kommunalen und privaten Maßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung der Dörfer im ländlichen Raum, betreuen Förderschwerpunkte, erstellen Dorfentwicklungskonzepte, entwickeln Projekte und betreuen die technische und verwaltungsmäßige Verwirklichung der Fördermaßnahmen; zudem sind Kommunen im Quartiersmanagement tätig. Allerdings sind die Kommunen auf Fördermittel angewiesen und oft nicht in der Lage, die notwendigen Beiträge zur Kofinanzierung zu leisten.

Partner und Ansprechpartner zum Thema Ländliche Räume

- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
- Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung
- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
(dort Kompetenzzentrum für Ländliche Entwicklung)
- Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
- Thünen-Institut für Ländliche Räume
- Deutscher Städte- und Gemeindebund (eigener Schwerpunkt ländliche Entwicklung)
- Deutscher Landkreistag
- Andreas Hermes Akademie (AHA) im Bildungswerk der Deutschen Landwirtschaft e.V.
- Ländlicher Raum – Umwelt - Entwicklung
(Europäische Bewegung für den ländlichen Raum R.E.D.)
- Dorfbewegung Brandenburg e.V. - Netzwerk „Lebendige Dörfer“
- Verein zur nachhaltigen Lokal- und Regionalentwicklung im Land Brandenburg e.V. („Brandenburg 21“)
- Bundesverband Lebendige Dörfer e.V.
- Zentrum für Ländliche Entwicklung im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
- Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.
- Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume (LEL)
- Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
- Deutscher Bauernverband